Deutscher Bundestag **Drucksache 17/14110**

17. Wahlperiode 25. 06. 2013

Antrag

der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die deutsch-koreanischen Beziehungen dynamisch fortentwickeln

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In diesem Jahr begehen Deutschland und Korea den 130. Jahrestag der Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen beiden Nationen. Mit der Unterzeichnung des deutsch-koreanischen Handels-, Schifffahrts- und Freundschaftsvertrages am 26. November 1883 wurden die bilateralen Beziehungen auf eine offizielle Grundlage gestellt. Ebenso begehen die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Korea in diesem Jahr den 50. Jahrestag des deutsch-koreanischen Abkommens über die Anwerbung koreanischer Bergleute. Auf dessen Grundlage und mit einer späteren Vereinbarung über die Entsendung von koreanischen Krankenschwestern kamen bis 1977 10 000 Krankenschwestern und Schwesternhelferinnen sowie 8 000 Bergleute aus der Republik Korea in die Bundesrepublik Deutschland.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Korea waren anfänglich durch das Wirken einzelner Persönlichkeiten geprägt. Deutsche Kaufleute, Wissenschaftler, Techniker und Ordensleute hatten einen entscheidenden Einfluss eines bis heute geprägten Deutschlandbildes in Korea. Durch die Teilung der koreanischen Halbinsel und die Teilung Deutschlands entwickelten sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern in unterschiedlicher Weise fort. Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea und die Beziehungen zwischen der DDR und Nordkorea waren jeweils eingebettet in die internationalen Ost-West-Beziehungen. Für die Bundesrepublik Deutschland und die DDR waren die Beziehungen zur Republik Korea beziehungsweise zu Nordkorea von besonderer Bedeutung. In der damaligen DDR fanden viele Bürger Nordkoreas Möglichkeiten einer beruflichen Weiterbildung. In der Bundesrepublik Deutschland prägten Bergleute und Krankenschwestern aus der Republik Korea das Bild Koreas positiv.

Die Wiedervereinigung Deutschlands und die Überwindung der europäischen Teilung leiteten eine neue Phase der deutsch-koreanischen Beziehungen ein: Auf Wunsch der Republik Korea nahm Deutschland im Jahr 2001 offizielle Beziehungen zu Nordkorea auf. Dies sollte die sogenannte Sonnenscheinpolitik des damaligen südkoreanischen Präsidenten Kim Dae-jung unterstützen und die innerkoreanische Annäherung fördern. Das Beispiel der deutschen Einheit gibt den Menschen auf der koreanischen Halbinsel Hoffnung für eine Annäherung und eine Wiedervereinigung der beiden Staaten auf der koreanischen Halbinsel. Das wiedervereinte Deutschland unterstützt alle Bemühungen zur Überwindung der Teilung Koreas und begleitet den innerkoreanischen Annäherungsprozess mit großer Anteilnahme und tatkräftigem Engagement.

So wurde aus Anlass des 20. Jahrestages der deutschen Wiedervereinigung ein bilaterales Expertengremium errichtet, das den Austausch von Informationen und wissenschaftlichen Erkenntnissen über den deutschen Vereinigungsprozess unterstützt und die Frage ihrer Nutzbarmachung für die koreanische Vereinigungspolitik erörtert. Unter anderem stellt Deutschland – soweit möglich – der Republik Korea auf ihren Wunsch hin staatliche Dokumente und weitere historische Unterlagen zum deutschen Einigungsprozess zur Verfügung. Die Bundesrepublik Deutschland hat viel Verständnis für die Situation im geteilten Korea und für den Wunsch der Republik Korea, auf eine Überwindung der Teilung hinzuwirken und dabei die Erfahrungen des wiedervereinten Deutschlands zu nutzen.

Die aktuelle politische Situation auf der koreanischen Halbinsel und in ganz Nordostasien steht im Schatten des Nuklearprogramms und der militärischen Drohgebärden des nordkoreanischen Staatsoberhauptes Kim Jong-un. Die anhaltende Eskalationsspirale stellt eine Gefahr für den Frieden in Nordostasien dar. Das dringendste Ziel aller Bemühungen muss die Wiederaufnahme der Sechs-Parteien-Gespräche mit dem Ziel sein, Nordkorea zur Abkehr seiner Nuklearambitionen zu bewegen. Eine schrittweise Denuklearisierung Nordkoreas und eine Rückkehr zu einer Annäherungspolitik sind Voraussetzung für eine Lockerung bestehender Sanktionen. Die Menschenrechtssituation in Nordkorea bleibt dabei sehr besorgniserregend.

Deutschland und die Republik Korea verbindet eine Tradition des persönlichen Austauschs in den verschiedensten Bereichen. Ein wichtiges Bindeglied zwischen beiden Ländern sind die in Deutschland lebenden ca. 40 000 Koreaner und Deutsche koreanischer Herkunft. Diese Gruppe umfasst sowohl Studierende und Unternehmensvertreter als auch die ehemaligen Bergleute und Krankenschwestern sowie deren Nachkommen. Persönliche Kontakte zwischen Koreanern und Deutschen bilden das Fundament für die guten bilateralen Beziehungen. Nach der deutschen Wiedervereinigung haben insbesondere viele koreanische Studenten nach ihrer Rückkehr das Deutschlandbild in Korea positiv geprägt. Um dem Generationenwechsel in einer globalisierten Welt Rechnung zu tragen, ist es für die weitere dynamische Entwicklung der bilateralen Beziehungen unerlässlich, Schüler, Studenten, Auszubildende und junge Berufstätige für die deutsche und koreanische Kultur sowie den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort unserer beiden Länder zu begeistern. Der Generationenwechsel erfordert auf beiden Seiten neue Netzwerke: Die Jugend aus Deutschland und Korea muss sich kennenlernen, um die deutsch-koreanischen Beziehungen auch weiterhin auf ein solides Fundament zu stellen und dynamisch weiterzuentwickeln. Durch den Austausch zwischen Schülern, Studenten, Auszubildenden und jungen Berufstätigen muss ein dichtes Netzwerk zwischen der jungen Generation in der Republik Korea und in Deutschland geschaffen werden. Hierzu bedarf es der entsprechenden Unterstützung durch beide Regierungen.

Die deutsch-koreanischen kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen gründen sich auf Traditionen und die kulturelle Anziehungskraft beider Länder. Der Austausch von Wissenschaftlern und Studenten ist weiter förderungswürdig. Deutsche politische Stiftungen, Kulturmittler wie das Goethe-Institut, die Alexander von Humboldt-Stiftung und der Deutsche Akademische Austauschdienst e. V. (DAAD) sowie entsprechende koreanische Institutionen leisten hierbei hervorragende Arbeit.

Das deutsch-koreanische Forum, das 2002 in Seoul ins Leben gerufen wurde, führt regelmäßig Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur, Politik und Gesellschaft aus beiden Ländern zusammen. Die Forumsmitglieder formulieren jeweils Empfehlungen an die Staats- und Regierungschefs beider Länder, die zur nachhaltigen Fortentwicklung beider Länder beitragen. Das deutsch-koreanische Forum hat auf seiner 10. Sitzung in Berlin im November 2011 in den

Empfehlungen an die Staats- und Regierungschefs beider Länder festgestellt, dass die deutsch-koreanische politische Zusammenarbeit alternative Optionen in einer sich zunehmend multipolar gestaltenden Welt eröffnet.

Die Antworten auf globale Herausforderungen bestimmen zunehmend die Politik in Korea und fördern Gemeinsamkeiten mit Deutschland wie die Stärkung des effektiven Multilateralismus, die jeweils enge Partnerschaft mit den USA, die Beteiligung an friedenserhaltenden Maßnahmen wie im Libanon, die Bekämpfung des Klimawandels und der Erhalt von Energiesicherheit, die Entwicklungszusammenarbeit, der Kampf gegen den Terrorismus und die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen.

Im Rahmen der G20 stimmen sich beide Regierungen politisch eng ab. Die engen wirtschaftlichen und technologischen Beziehungen beider Länder haben durch das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Republik Korea, das im Juli 2011 in Kraft getreten ist, einen neuen Rahmen bekommen. Wir begrüßen die neuen Impulse, zum Beispiel in den Bereichen Umwelttechnologien und erneuerbare Energien, die hieraus entstanden sind.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der bestehenden Haushalts- und Finanzplanungsansätze auf,

1. den 130. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Korea zum Anlass zu nehmen, die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu beiden koreanischen Staaten auch in der Zukunft weiter auszugestalten und dynamisch fortzuentwickeln;
2. den 50. Jahrestag der Unterzeichnung des deutsch-koreanischen Anwerbeabkommens zum Anlass zu nehmen, die menschlichen und fachlichen Beiträge der ehemaligen koreanischen Gastarbeiter und ihrer nachfolgenden Generationen entsprechend zu würdigen;
3. die politische Annäherung zwischen der Republik Korea und der Demokratischen Volksrepublik Korea mit dem Ziel einer Wiedervereinigung nach Kräften zu unterstützen und sich für eine demokratische Entwicklung im nördlichen Teilstaat einzusetzen;
4. sich für eine Wiederaufnahme des multilateralen Forums der Sechs-Parteien-Gespräche, mit Beteiligung der beiden koreanischen Staaten, der Volksrepublik China, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Russischen Föderation und Japan, einzusetzen;
5. auf Grundlage der Empfehlungen des jährlich stattfindenden deutsch-koreanischen Forums die politischen, wirtschaftlich-technologischen und kulturellen Beziehungen weiter auszubauen;
6. die gegenseitigen Märkte stärker für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zugänglich zu machen;
7. die Regierung der Republik Korea darin zu unterstützen, durch Dialog und humanitäre Gesten die Entspannung auf der koreanischen Halbinsel auf der Grundlage klarer politischer Vorgaben und Überzeugungen zu fördern. Der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Korea müssen völkerrechtliche und politische Grenzen ihrer Aktionen deutlich bleiben. Die Bundesregierung trägt zu dieser Entspannung durch diplomatischen Dialog sowie durch die Ermutigung der Tätigkeit deutscher politischer Stiftungen, des Goethe-Instituts und des DAAD bei. Sie begrüßt weiter humanitäre Aktionen der Kirchen und der Deutschen Welthungerhilfe e. V. Die Volksrepublik China soll zu weiterer politischer Unterstützung einer Entspannungspolitik auf der koreanischen Halbinsel ermutigt werden;

8. den Austausch von Schülern, Studenten, Auszubildenden und jungen Berufstätigen aus beiden Ländern zu intensivieren, indem mit der Regierung der Republik Korea konkrete Maßnahmen vereinbart werden, die den Austausch zwischen der jungen Generation beider Länder quantitativ und qualitativ voranbringen;
9. den kulturellen Austausch zwischen Deutschland und der Republik Korea, zu dem auch ehemalige koreanische Bergleute und Krankenschwestern sowie deren Nachkommen beitragen, weiter zu fördern. Dazu gehört auch der Erwerb der Partnersprachen. Bikulturelle junge Menschen wie die Kinder und Enkel der koreanischen Arbeitnehmer in Deutschland könnten dabei besonders behilflich sein.

Berlin, den 25. Juni 2013

Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion
Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion
Rainer Brüderle und Fraktion
Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333